

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (16)



7. Oktober 2013

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Am 2. Oktober fand die Kreistagssitzung statt.

Auf zwei der Tagungsordnungspunkte wollen wir besonders hinweisen.

Erstens wurde der Haushalt 2014/2015 vom Landrat eingebracht. Zweitens beschloss der Kreistag gegen unsere Stimmen, dass von der gewinnträchtigen Radiologie im Gesundheitszentrum Wetterau 49% verkauft werden sollen.

Haushalt 2014/2015

Der Haushalt steht weiterhin unter starkem Druck wegen des Schutzschirms. Es soll stark gespart werden. Der Landrat erklärte, dieses Mal werde eine „Schwarze Null“ am Ende der Haushaltsperiode stehen. Für die Zukunft will er Überschuss erwirtschaften. Das sei nur mit einem harten Sparkurs möglich.

Er führte aus:

Der Wetteraukreis gebe 63% seines Etats für soziale Belange aus. 22% für Bildung, 5% für Regionalentwicklung, 4% für zentrale Dienstleistungen und 4% für Gesundheit.

Die Zahlen für das Jobcenter seien gestiegen: 2012 wurden 41,1 Millionen ausgegeben, 2013 waren es 41,3 Millionen, 2014 werden es 44,8 Millionen sein und 2015 dann 44,4 Millionen. Besonders die Kosten der Unterkunft seien gestiegen.

Auch die Beiträge für den Landeswohlfahrtsverband würden steigen.

Insgesamt würden für den sozialen Bereich 201,7 Millionen ausgegeben.

Bei den Investitionen würden 73% für Bildung (Bauten, Bauerhaltung, Sonderinvestitionen für Inklusion usw.) ausgegeben und 23% für den Erhalt der Infrastruktur (Straßenerhalt, Straßenbau – z.B. Nordumgehung Karben 2,1 Millionen Euro).

„Freiwillige Leistungen“ (dazu gehören soziale Projekte, Förderung von Initiativen und Institutionen, Sozialtarife, u.v.m.) könne man angesichts der Haushaltslage nicht erbringen.

Arnold will keine neuen Kassenkredite aufnehmen. Die Überschüsse, die er ab 2015 erwartet, haben erst mal nichts mit Schuldenabbau zu tun. Der Wetteraukreis hat durch die 116 Millionen Euro des Schutzschirms Schulden reduziert. Die Zinsen dafür zahlt er aber weiter. Die hat das Land Hessen nicht übernommen. Der Sparkurs ist somit weiterhin festgeschrieben: es wird auch nach 2015 mit den Schulden argumentiert werden.

Die Annahme, dass der Kreis aus seiner schlechten Finanzlage rauskommen könnte – ja sogar Überschüsse erwirtschaften könnte - ist gewagt: Alles hängt von der Stabilität in Europa ab. Wie entwickelt sich der Euro? Wie entwickelt sich die Wirtschaft? Werden die Zinsen niedrig bleiben?

Die Krise produziert steigende Kosten der Armut. Das kann nicht bezahlt werden, wenn die Gewinner der Krise nicht endlich zur Kasse gebeten werden. Doch die derzeitige Politik belastet die Armen und den Mittelstand. Sie verschärft nur die Armut weiter.

Was mit dem Schutzschirm zu tun hat, sind die Einsparungen bei den Transferleistungen. Hier hat der Kreis 6 Millionen im Jahr 2012 eingespart. Wenn man bedenkt, dass hier nur bei „Kleckerbeträgen“ eingespart werden kann, dann wird deutlich, wie viele Hartz4- und Sozialhilfeempfänger dafür drangsaliert werden müssen.

Buslinie Büdingen Konradsdorf

Die Eltern und die Stadt Büdingen wollten für 200 Schüler/innen eine Buslinie einrichten. Sie erstellten einen Finanzierungsplan. Der ZOV legte sein Veto ein und der Busbetreiber trat von seinem Angebot zurück.

Im Kreistag schoben sich Bürgermeister Spamer (Büdingen) und Dezernent Betschel-Pflügel gegenseitig den Schwarzen Peter zu.

Die Koalition wollte einen Antrag der FWG in die Ausschüsse verweisen.

Wir haben zugestimmt. Doch nur, um eine Ablehnung zu umgehen. Der Verdacht, dass der Antrag weiter auf der langen Bank schmoren soll, ist mehr als berechtigt. Schon der letzte Runde Tisch war eine Verzögerungstaktik, denn es gab ja bereits mehrere Rund Tische zuvor. Sie waren auch ohne Ergebnis gescheitert.

Wir haben gefragt:

Warum werden dauernd die hohen Kosten ins Feld geführt? Warum wird behauptet, der Finanzplan von Eltern und Stadt Büdingen sei unrealistisch? Es wurde vom Kreis bisher kein Kostenvoranschlag eingeholt und kein eigener Finanzplan erstellt. Wie teuer die Bus wirklich wird, ist nicht geklärt worden. Dabei war dafür genug Zeit.

Warum wurde bisher der Kreistag nicht darüber informiert, was beim Runden Tisch besprochen und vereinbart wurde? Da beschließt der Kreistag einen Runden Tisch und erhält keine Informationen über das Ergebnis!

Man kann nicht erkennen, dass es solide Bemühungen gäbe, das Busproblem zu lösen. Eher ist anzunehmen, dass diese Initiative der Eltern keine Schule machen soll.

Unser Antrag: Wiedereintritt in die Schutzgemeinschaft Vogelsberg

Inzwischen wurde mit der Schutzgemeinschaft Vogelsberg ein Gespräch im Ausschuss RUE (Regionalentwicklung, Umwelt und Energie) geführt.

In der Presse behauptete der Landrat, die Schutzgemeinschaft Vogelsberg würde dem Wetteraukreis nichts bringen. Besonders die SPD will nicht, dass der Wetteraukreis Mitglied in der Schutzgemeinschaft bleibt.

Über den Wert der Schutzgemeinschaft Vogelsberg haben wir in der Letzten „Post aus dem Kreistag“ berichtet: es geht vor allem um den Schutz des Grundwassers.

Auch dieses Mal wurde dieser Antrag von der Tagesordnung genommen. Er verbleibt im Ausschuss.

Welche Energie auf die läppische Einsparung von 130 Euro Mitgliedsbeitrag im Jahr hier verschwendet wird! Oder geht es darum, der OVAG mehr Möglichkeiten zu geben, Wasser aus dem Vogelsberg zu entnehmen und zu verkaufen? Am besten ungestört – ohne Kritik der Schutzgemeinschaft Vogelsberg?

Der Landrat hatte ja auch schon vorgeschlagen, dass die OVAG Mitglied der Schutzgemeinschaft wird, statt des Wetteraukreises. Das ist ungefähr so, als wenn der Wolf Mitglied der Schafherde wird.

Unser Antrag: Tagesordnung und Protokoll zeitnah auf die homepage des Kreises

Wer sich für die Arbeit des Kreistages interessiert, findet wenig aktuelle Informationen auf der homepage des Wetteraukreises. Die Tagesordnungen erscheinen nur als Übersicht. Protokolle fehlen weitgehend.

Wir haben beantragt, die Tagesordnung jeder Kreistagsitzung in die homepage einzustellen. Und zwar gleich nach der Aufstellung der Tagesordnung im Ältestenrat. Ebenfalls sollen die Anträge eingestellt werden – solange sie nicht in geschlossener Sitzung behandelt werden.

Die Protokolle öffentlicher Ausschuss- und Kreistagsitzungen sollten ebenfalls eingestellt werden. Und zwar bevor der Ältestenrat die darauffolgende Kreistagsitzung vorbereitet.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Begründung: Die Transparenz für die Bürger/innen würde zu Beginn des nächsten Jahres sowieso besser. Denn dann würde der Kreis eine neue software haben, mit der dann alles einfacher erledigt werden könnte.

Unser Antrag: Staffelung der Stromtarife

Die Strompreise sind für viele Menschen inzwischen eine große finanzielle Belastung. Die OVAG erhöhte die Preise im Januar 2013 um 13,2% und hat zum Jahresbeginn 2014 schon wieder Preissteigerungen angekündigt.

Deshalb haben wir einen Antrag zu den Strompreisen gestellt, der fünf Punkte enthält:

1. Stromabschaltungen bei Transferleistungsempfängern (Hartz4, Sozialhilfe) werden ausgesetzt.
2. Eine Staffelung der Strompreise nach sozialen Gesichtspunkten wird eingeführt: Kleinverbraucher zahlen nur den Energiepreis. Ohne weitere Abgaben. Je mehr Strom jemand verbraucht, je mehr zahlt er zum Energiepreis noch dazu: Netznutzungsgebühr, Stromsteuer, Kommunalabgabe, Ökoulage usw. Derzeit werden nämlich Großverbraucher von den Umlagen eher entlastet – während die Kleinverbraucher alle Umlagen zahlen müssen.
3. Die OVAG fördert die Neuanschaffung von energiesparenden Elektrogeräten – insbesondere bei einkommensschwachen Familien. Diese haben nämlich oft ältere Modelle, die viel Strom verbrauchen. Neue Geräte können sie sich nicht leisten.
4. Stromzähler werden nach und nach auf elektronische Stromzähler umgestellt.
5. Es soll ein zeitabhängiger Stromtarif angeboten werden.

Wir wollten, dass der Kreisausschuss an die OVAG herantritt und dort darauf drängt, dass soziale Kriterien eine Rolle spielen müssen. Der Kreistag kann nicht für die OVAG beschließen, weil das eine eigene Firma ist. Er kann aber politischen Druck entfalten. Die anderen Parteien lehnten den Antrag ab.

Es wurde behauptet, dass die OVAG dann nicht mehr konkurrenzfähig sei. Das ist jedoch Unsinn. Die Belastungen, die bei Kleinverbrauchern entstehen, werden durch die hohen Einnahmen bei Großverbrauchern mehr als ausgeglichen.

Unseren genauen Antrag findet ihr auf unserer homepage: <http://www.die-linke-wetterau.de/content/presse/289-strompreise-sozial-staffeln.html>

Gestaffelte Strompreise werden parteiübergreifend diskutiert. Selbst wenn unser Modell keinen Anklang findet: Wir wären für andere Vorschläge offen. Wichtig ist, dass Großverbraucher nicht geschont aber Kleinverbraucher entlastet werden.

Zu den anderen vier Punkten des Antrags äußerten sich die anderen Parteien nicht.

Unser Antrag: Noteltern – eine Nachschau

Diesen Antrag findet ihr in der letzten „Post aus dem Kreistag“ ausführlich und könnt ihn auch auf der homepage nochmal nachlesen: <http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/256-r%C3%BCcknahme-der-k%C3%BCrzungen-f%C3%BCr-noteltern.html>

Wir möchten heute darüber informieren, was aus dem Antrag geworden ist:

Die Noteltern haben sich an den hessischen Rundfunk „defacto“ gewandt und daraufhin wurde der folgende Film gesendet: http://www.hr-online.de/website/includes/video_popup.jsp?vld=mp4:video/fs/defacto/2013_10/131006185040_defacto_notfall_14101.mp4&color=ffffff&start=1.5&image=mp4:video/fs/defacto/2013_10/131006185040_defacto_notfall_14101.mp4

Wenn ihr euch den Film anschaut, werdet ihr bemerken, dass die CDU das Thema besetzt hat. Sie haben auch eine weitere Anfrage an den Kreis geschrieben. Das liegt daran, dass eine der Pflegefamilien engen Kontakt mit der CDU pflegt. Es ist ja gut, wenn sich auch die CDU um dieses Thema kümmert. Doch ist anzumerken: Sie haben allen Kürzungen im Haushalt 2012/2013 zugestimmt. Also auch der Kürzung bei den Noteltern. In der anstehenden Haushaltsdebatte werden wir darauf hinweisen, wie widersprüchlich die CDU hier handelt.

Für uns ist dieses Thema natürlich nicht erledigt. Wir werden weiterhin gegen diese Kürzungen arbeiten.

Zumal immer mehr Beispiele bekannt werden, wie sich die unsozialen Kürzungen auswirken. Zum Beispiel: Mit Jahresbeginn 2014 sollen die Essenzuschüsse für die behinderten Kinder der Wartbergsschule wegfallen. Dann können Kinder aus einkommensschwachen Familien nicht mehr in der Schule essen, weil es zu teuer ist.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi